

Hamburger Beiträge
zur Sozial- und Zeitgeschichte
Herausgegeben von der
Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg

Band 53

Redaktion: Joachim Szodrzynski

Deutsche Zeitgeschichte – transnational

Herausgegeben von
Alexander Gallus, Axel Schildt
und Detlef Siegfried



WALLSTEIN VERLAG

Gedruckt mit Unterstützung
der Fritz Thyssen Stiftung für Wissenschaftsförderung in Köln

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der
Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten
sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

© Wallstein Verlag, Göttingen 2015

www.wallstein-verlag.de

Vom Verlag gesetzt aus der Adobe Garamond

Umschlaggestaltung: Basta Werbeagentur, Steffi Riemann

Titelfoto: Trans-Europ-Express TEE »Rhein-Main«, 1960,

dpa Picture-Alliance, Bildnr. 44087531

Druck und Verarbeitung: Hubert & Co, Göttingen

ISBN 978-3-8353-1708-6

Inhalt

ALEXANDER GALLUS / AXEL SCHILDT / DETLEF SIEGFRIED Vorwort.	9
--	---

ALEXANDER GALLUS / AXEL SCHILDT / DETLEF SIEGFRIED Deutsche Zeitgeschichte – transnational	11
---	----

Politisch-gesellschaftliche Initiativen

ANDREAS ECKERT Westdeutsche Entwicklungszusammenarbeit mit Afrika Ein Blick auf die 1950er bis 1970er Jahre	27
---	----

CLAUDIA KEMPER Globale Bedrohung und nationale Interessen Die Nichtregierungsorganisation IPPNW	45
---	----

DETLEV BRUNNER DDR »transnational« Die »internationale Solidarität« der DDR.	64
--	----

HANS-GEORG GOLZ Verordnete Völkerfreundschaft? Die DDR und Großbritannien	81
---	----

Wirtschaft im Wandel

WERNER PLUMPE »Ölkrise« und wirtschaftlicher Strukturwandel Die bundesdeutsche Wirtschaft im Zeichen von Normalisierung und Globalisierung während der 1970er Jahre.	101
---	-----

CHRISTIAN KLEINSCHMIDT Internationalisierung, Verbraucherinformationen und nichttarifäre Handelshemmnisse Die Automobilindustrie am Ende des »Wirtschaftswunders«	124
--	-----

Lebensstile und Konsummuster

MAREN MÖHRING

Fremdessen

Kulinarisch-kultureller Austausch in der
ausländischen Gastronomie der Bundesrepublik 141

ISABEL RICHTER

Alternativer Tourismus in den 1960er und 1970er Jahren

Transkulturelle Flows und Resonanzen im 20. Jahrhundert 155

DETLEF SIEGFRIED

Bundesbürger im Pornoparadies

Westdeutsche Reaktionen auf die Freigabe der Pornografie

in Dänemark 1967-1973. 179

BART VAN DER STEEN

Die internationalen Verbindungen der

Hausbesetzerbewegung in den 70er und 80er Jahren 203

Medien und Populärkultur

FRANK BÖSCH

Entgrenzungen?

Transnationale Medien und regionale Kommunikation

seit dem späten 19. Jahrhundert. 223

MALTE ZIERENBERG

Zurück ins Netz der Bilder

Die Fotografien der Associated Press in Deutschland nach 1945. 241

ALEXANDER SIMMETH

»The Final Solution to the Musical Problem« –

Die »Krautrock«-Rezeption in Großbritannien und den

Vereinigten Staaten im Laufe der 1970er Jahre 259

Erinnerungswelten

SIMONE LÄSSIG

Zeitgeschichte als nationales Projekt?

Geschichtsschulbücher der Bundesrepublik

in wissenshistorischer Perspektive. 279

CHRISTOPH CORNELISSEN

Die öffentliche Erinnerung an den deutschen

Widerstand in Westeuropa –

Nationale und transnationale Dimensionen 301

MARY FULBROOK

Wo und wie kommt es auf Staaten an?

Die Nachwirkungen der NS-Verfolgungspolitik

in transnationaler Perspektive. 321

Autorenverzeichnis 337

»Ölkrise« und wirtschaftlicher Strukturwandel

*Die bundesdeutsche Wirtschaft im Zeichen von Normalisierung und Globalisierung während der 1970er Jahre**

Die 1970er Jahre: Ein wirtschaftshistorisches Chamäleon

Die 1970er Jahre werden in der deutschen Zeitgeschichtsschreibung zumeist als Bruch- und/oder Transformationsphase wahrgenommen.¹ Vom Ende der Zuversicht² ist die Rede, von der großen Ernüchterung³, vom Ende einer Art goldenem Zeitalter, den Trente Glorieuses des Wiederaufbaus nach 1945. Das ist, alles in allem genommen, nicht falsch, lief doch spätestens in den 1970er Jahren die Phase der Nachkriegsrekonstruktion in Westeuropa aus.⁴ Auch gerieten zahlreiche der Institutionen der Nachkriegszeit aus einer Vielzahl von Gründen unter Änderungs- oder Anpassungsdruck. Das gilt für die Währungsordnung ebenso wie für die abgeschottete Welt der Kapital- und Finanzmärkte, von denen zumindest in einem internationalen Sinn zuvor im strengen Sinne nicht die Rede sein konnte. Überdies lief eine technische Ära langsam aus, die zumindest vordergründig das Bild der Zeit des Wirtschaftswunders maßgeblich geprägt hatte: Das fordistische Zeitalter⁵ kam an sein Ende und eröffnete damit zugleich eine Phase des intensiven Strukturwandels, in dem die alte proletarische Welt der industriellen Massenarbeit langsam und stetig an Bedeutung verlor.⁶

* Ich danke Dr. Friederike Sattler und Matthias Kemmerer für Rat, Kritik und Hilfe.

1 Vgl. etwa die Beiträge in: Morten Reitmayer/Thomas Schlemmer (Hrsg.), *Die Anfänge der Gegenwart. Umbrüche in Westeuropa nach dem Boom*, München 2014.

2 So etwa Konrad H. Jarausch (Hrsg.), *Das Ende der Zuversicht? Die siebziger Jahre als Geschichte*, Göttingen 2008.

3 Tim Schanetzky, *Die große Ernüchterung. Wirtschaftspolitik, Expertise und Gesellschaft in der Bundesrepublik 1966 bis 1982*, Berlin 2007.

4 Werner Abelshausen, *Deutsche Wirtschaftsgeschichte seit 1945*, 2., überarbeitete und erweiterte Auflage, München 2011.

5 Volker Wellhöner, »Wirtschaftswunder«, *Weltmarkt, westdeutscher Fordismus – Der Fall Volkswagen*, Münster 1996.

6 Josef Mooser, *Arbeiterleben in Deutschland 1900-1970. Klassenlagen, Kultur und Politik*, Frankfurt a.M. 1984. Siehe auch Lutz Raphael, *Flexible Anpassungen und prekäre Sicherheiten. Industriearbeit(er) nach dem Boom*, in: Reitmayer/Schlemmer (Hrsg.), *Anfänge* (wie Anm. 1), S. 51-64.

Der zumeist pessimistische Grundton, der vielen Betrachtungen der 1970er Jahre zugrunde liegt⁷, ist gleichwohl in wirtschaftlicher Hinsicht alles andere als angemessen.⁸ Bestenfalls für einzelne Volkswirtschaften Westeuropas und die USA kann man überhaupt punktuell von einer Krisenzeit sprechen, und auch hier waren die 1970er Jahre zumindest wirtschaftlich gesehen noch deutlich erfolgreicher als das nachfolgende Jahrzehnt. In Asien und Lateinamerika waren die 1970er Jahre von positiven Daten geprägt. Für Lateinamerika wurde ebenfalls erst das nachfolgende Jahrzehnt mit seiner Verschuldungskrise zu einer schweren Herausforderung.⁹ Dass die Jahre nach dem Boom der 1950er und 1960er Jahre als »große Ernüchterung« (Tim Schanetzky) empfunden wurden, sagt ja insgesamt wenig über ihre Stellung im mittelfristigen wirtschaftlichen Wandel aus. Für die Weltwirtschaft und ihre Entwicklung gelten derart pessimistische Annahmen jedenfalls nicht, da sie in den 1970er Jahren weiter wuchs. Auch der Welthandel nahm an Umfang und Intensität zu; nur verschoben sich langsam die relativen Gewichte. Während die USA und Teile Westeuropas in der Tat zeitweilig an Boden verloren, war die japanische Volkswirtschaft der große »Gewinner« jener Jahre, in denen auch die Grundlagen für den Aufstieg der asiatischen »Tigerstaaten« gelegt wurden. Man könnte in dieser Perspektive die 1970er Jahre auch als Zeitalter der beginnenden Normalisierung betrachten: In Westeuropa und den USA kehrten die Volkswirtschaften zu ihren langfristigen Wachstumspfaden zurück; der durch die Kriegsverluste bedingte Boom der »Trente Glorieuses« war definitiv vorbei.¹⁰ Zugleich verloren Westeuropa und die USA ein wenig von ihrem ebenfalls nur durch den Krieg und seine Folgen erklärbaren hypertrophen Gewicht in der Weltwirtschaft. Immer noch weit davon entfernt, regional ausgeglichen zu sein, schwächten sich die regionalen Unterschiede in der Weltwirtschaft etwas ab; vor allem Ostasien gewann an wirtschaftlichem Gewicht, obwohl dies bei Weitem noch nicht seinem Bevölkerungsanteil an der Welt nahekam. Diese ersten Zeichen einer Regionalverschiebung in der Weltwirtschaft waren freilich Anzeichen eines dann mit den chinesischen Reformen in den 1980er Jahren beginnenden größeren Wandels, von dem man indes in den 1970er Jahren wenig ahnte. Westeuropa und Nordamerika waren vielmehr damit beschäftigt, von einer Boomphase Abschied zu nehmen, die man aufgrund ihrer Länge für einen neuen Normalzustand gehalten hatte, gegen jede Wahrscheinlichkeit im Übrigen. Doch die Wun-

7 Burkart Lutz, *Der kurze Traum immerwährender Prosperität. Eine Neuinterpretation der industriell-kapitalistischen Entwicklung im Europa des 20. Jahrhunderts*, Frankfurt a. M. 1984.

8 Niall Ferguson, *Crisis, What Crisis? The 1970s and the Shock of the Global*, in: Ders./Charles S. Maier/Erez Manela/Daniel J. Sargent (Hrsg.), *The Shock of the Global. The 1970s in Perspective*, Cambridge/Mass./London 2010, S. 1-21.

9 Jeremy Adelman, *International Finance and Political Legitimacy. A Latin American View of the Global Shock*, in: Ebd., S. 113-127.

10 Ludger Lindlar, *Das mißverständene Wirtschaftswunder. Westdeutschland und die westeuropäische Nachkriegsprosperität*, Tübingen 1997.

den schmerzten, auch wenn man noch so auf sie hätte eingestellt sein müssen.¹¹ Entsprechend heftig waren schließlich zu Ende des Jahrzehnts die politischen Reaktionen. Der radikale Bruch, der sich mit der Wahl von Margaret Thatcher zur britischen Premierministerin im Jahr 1979 und von Ronald Reagan zum US-Präsidenten im Jahr 1980 abzeichnete, war insofern auch keine Ursache des wirtschaftlichen Strukturwandels, sondern seine Folge, Ergebnis der Krise des die Nachkriegszeit beherrschenden keynesianischen Modells der Wirtschaftspolitik, die im sog. »Winter of Discontent« 1978/79 in Großbritannien ihren Höhepunkt gefunden hatte.¹²

Betrachtet man die langfristigen Daten der Wirtschaftsentwicklung, wird der oben angesprochene Zusammenhang unmittelbar deutlich. Die 1970er Jahre waren in den westlichen Industrieländern und Japan zwar durchweg von sinkenden Wachstumsraten gekennzeichnet, jedoch stellten sie allein in Großbritannien eine Phase der Stagnation dar. In allen anderen Ländern wurden sowohl in den 1970er als auch in den 1980er Jahren durchschnittliche Wachstumsraten erzielt, die heute als geradezu ideal gelten würden. Die Ziffern der 1970er Jahre waren dabei in vielen Staaten noch besser als die der 1980er Jahre, in denen es vor allem Großbritannien und den USA gelang, das Wachstumstal der 1970er Jahre hinter sich zu lassen.

	1950-1960	1960-1973	1973-1980	1980-1989
West Germany	8,2	4,4	2,2	1,9
France	4,6	5,6	2,8	2,1
Italy	5,6	5,3	2,8	2,3
United Kingdom	2,8	3,1	0,9	2,7
United States	3,3	4,0	2,1	3,0
Japan	8,8	9,6	3,7	4,2

Tab. 1: Average annual growth rate of GDP (US, Japan: GNP) 1950-1989¹³

So gesehen rechtfertigt es sich keineswegs, die 1970er Jahre als eine besondere Krisenphase zu bezeichnen, zumal dann, wenn der Blick auch andere als allein europäisch-nordamerikanische Beispiele einbezieht. Verständlich wird, warum der Rückgang der Wachstumsraten und die Wiederkehr schwerer Wirtschafts-

11 Mancur Olson machte namentlich aus den amerikanischen und britischen Erfahrungen gleich eine Art welthistorischen Entwurf: Mancur Olson, *Aufstieg und Niedergang von Nationen. Ökonomisches Wachstum, Stagflation und soziale Starrheit*, 2., durchgesehene Auflage, Tübingen 1991 [zuerst Amerik. 1982].

12 Charles S. Maier, »Malaise«: The Crisis of Capitalism in the 1970s, in: Ferguson/Maier/Manela/Sargent (Hrsg.), *Shock* (wie Anm. 8), S. 25-48.

13 Quelle: Herbert Giersch/Karl-Heinz Paqué/Holger Schmieding, *The Fading Miracle. Four Decades of Market Economy in Germany*, Cambridge 1994, S. 4.

krisen viele Beobachter nach den glänzenden Jahren des Booms überraschend trafen, doch ist Überraschung keine gute Basis für wirtschaftshistorische Urteile. Dass die exorbitanten Wachstumsziffern der Nachkriegsjahre nicht dauerhaft sein konnten, musste im Grunde schon zeitgenössisch klar sein. Allein der statistische Basiseffekt musste für eine Minderung sorgen, die sich in folgender Darstellung auch graphisch sehr klar zeigt:

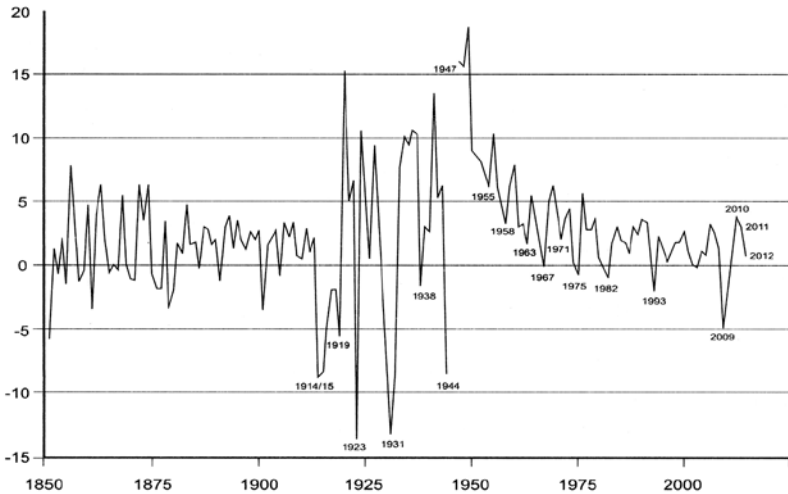


Abb. 1: Jährliche Veränderungsdaten des realen Bruttoinlandsprodukts pro Kopf in Deutschland 1851-2012¹⁴

Diese Rückkehr zu den normalen Zyklen der wirtschaftlichen Entwicklung wurde von den Zeitgenossen und einem Teil der heutigen Zeitgeschichtsschreibung aber nicht nur fälschlich als vermeidbarer Rückfall im Ausmaß wirtschaftlichen Wachstums angesehen; es wurde damit zugleich völlig aus den Augen verloren, dass selbst diese reduzierten Zuwächse noch leicht über dem langfristigen Trend lagen und liegen.

In dieser Sicht brachten die 1970er Jahre bestenfalls eine leichte Abflachung, keinesfalls aber einen Bruch in den mittel- und langfristigen Entwicklungsdaten. In anderen Ländern konnte die Rückkehr zur Normalität schmerzhafter ausfallen; namentlich in Großbritannien kam es in den 1970er Jahren zu

¹⁴ Aus Werner Plumpe, *Wirtschaftskrisen. Geschichte und Gegenwart*, 4. Aufl., München 2013, S. 120. Die Grafik basiert auf Rainer Metz, *Säkulare Trends der deutschen Wirtschaft*, in: Michal North (Hrsg.), *Deutsche Wirtschaftsgeschichte. Ein Jahrtausend im Überblick*, 2., völlig überarbeitete und aktualisierte Auflage, München 2005, S. 427-500, hier S. 442 sowie für die Daten der Jahre 2003 bis 2012 auf der Homepage des Statistischen Bundesamts: www.destatis.de.

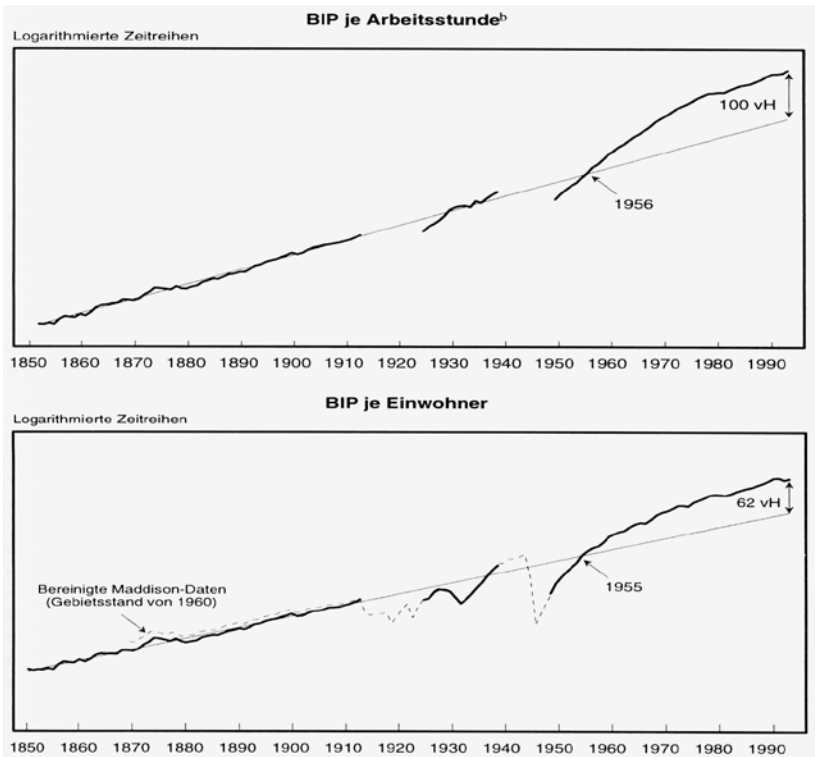


Abb. 2: Produktivität und Pro-Kopf-Einkommen in Deutschland 1852-1994¹⁵

einer Problemkumulation von niedrigen Wachstumsraten, fortschreitender Deindustrialisierung und einer keynesianischen Wirtschaftspolitik, die schließlich in einer breiten Inflationswelle mündete. Die hohen Inflationsziffern waren aus heutiger Sicht noch am ehesten Krisenzeichen, doch waren auch hiervon wiederum nicht alle Länder gleichmäßig betroffen. Großbritannien mit einer durchschnittlichen Geldentwertung von 12,6 Prozent und Italien mit 12,1 Prozent hatten andere Verhältnisse als die Bundesrepublik, die Niederlande oder die USA (jeweils 4,9, 7,0 und 7,1 Prozent).¹⁶ Die Bundesrepublik schien in der zweiten Hälfte der 1970er Jahre eine Insel der Seligen zu sein, die von den anderen entwickelten Staaten nicht nur bewundert, sondern auch gedrängt wurde, sich durch offensives Ausgabeverhalten als Konjunkturlokomotive zu erweisen. Dass Helmut Schmidt 1976 den Wahlkampf mit dem Slogan »Modell Deutschland« gewinnen konnte, auch wenn sich die Gewichte in der Regierung zugunsten der FDP verschoben, spricht für diese Lage.

15 Aus Lindlar, Wirtschaftswunder (wie Anm. 10), S. 143. Zur Glättung in der Berechnung des BIP je Arbeitsstunde bis 1913 vgl. Anm. b ebd.

16 Zu den Daten siehe Ferguson, Crisis (wie Anm. 8), S. 7.

Jene Probleme, die sich mit den 1970er Jahren heute verbinden, waren mithin keine direkte Folge eines wie auch immer gearteten weltwirtschaftlichen Wachstumseinbruchs; dann wären alle entwickelten Volkswirtschaften ja auch mehr oder weniger gleich betroffen gewesen. Vielmehr zeigte der einsetzende Strukturwandel dem bisherigen Modell keynesianischer Wirtschaftspolitik¹⁷ Grenzen auf: Grenzen der Wirksamkeit einerseits, da es nicht gelang, das Wachstumsniveau auf dem erwünschten Stand früherer Jahre zu halten, und Grenzen der Machbarkeit andererseits, da zahlreiche Maßnahmen der Wirtschafts- und Finanzpolitik nun selbst zu Ursachen bzw. Verstärkern von Krisenphänomenen wurden. Die hohen Inflationsraten in Westeuropa und den USA waren eben kein Ergebnis einer Art anonymen Strukturwandels, für den es im Grunde keine Verantwortlichkeiten gab, sondern Folge einer eigentümlichen Mischung verschiedener, zum Teil selbst erzeugter Problemlagen. Nicht nur brachte das Bretton-Woods-System durch die expansive amerikanische Geldpolitik einen erheblichen inflationären Druck. Die westeuropäischen Regierungen reagierten auf die nachlassende Wachstumsdynamik und auf gesellschaftspolitische Reformimpulse ab dem Ende der 1960er Jahren mit einer zunächst antizyklisch gedachten, dann auch noch im Aufschwung fortgesetzten expansiven Finanzpolitik, die den inflationären Druck weiter erhöhte. Die anziehende Inflation wiederum veranlasste die Gewerkschaften, ihre Lohnforderungen deutlich anzuheben, die zeitweilig auch mit erheblichem Druck durchgesetzt wurden: Die Folge waren wachsende Arbeitslosigkeit, steigende Inflation und immer militanter auftretende Gewerkschaften, die in der Krise glaubten, die Rechte ihrer Mitglieder verteidigen zu müssen.

Das war nicht nur in Großbritannien der Fall¹⁸; auch in der Bundesrepublik fanden sich ähnliche Phänomene, freilich weniger ausgeprägt und angesichts der noch breiten industriellen Basis weniger durchschlagend als in Großbritannien. Doch das Zusammenspiel von expandierenden Staatshaushalten, steigender Staatsverschuldung, wachsender Inflation, Arbeitslosigkeit und teilweise exorbitanten Lohnforderungen der Gewerkschaften gab es auch hier. Wenn man so will, ließe sich zugespitzt sagen, dass Helmut Schmidts »Modell Deutschland« letztlich allein davon lebte, dass andere Volkswirtschaften noch deutlich schlechter zu Rande kamen als die westdeutsche.¹⁹ Wolfgang Streeck hat in seinem Buch über die »gekaufte Zeit« behauptet, das »Kapital« habe seit dem Ende der 1960er Jahre das Nachkriegsbündnis mit den Gewerkschaften aufgekündigt und sich aus der Finanzierung des Sozialstaates zurückgezogen.²⁰ Im Lichte der Tatsachen

17 Alexander Nützenadel, *Stunde der Ökonomen. Wissenschaft, Politik und Experten- kultur in der Bundesrepublik 1949-1974*, Göttingen 2005.

18 Franz-Josef Brüggemeier, *Geschichte Großbritanniens im 20. Jahrhundert*, München 2010.

19 Harald Scherf, *Enttäuschte Hoffnungen – vergebene Chancen. Die Wirtschaftspolitik der Sozial-Liberalen Koalition 1969-1982*, Göttingen 1986.

20 Wolfgang Streeck, *Gekaufte Zeit. Die vertagte Krise des demokratischen Kapitalismus*, Berlin 2013.



Abb. 3: Kapitalrendite in Deutschland 1850-1998²¹

war es eher umgekehrt: Die Verteilungsposition des Kapitals war im 20. Jahrhundert zu keiner Zeit schlechter als in den 1970er Jahren. Die Kapitalrendite sank auf einen historisch niedrigen Wert und die Einkünfte aus Kapitalbesitz und Vermögen reichten in Großbritannien und den USA zeitweilig nicht aus, um die Inflationsrate auszugleichen. Die Verteilungsposition der Kapitalseite in Großbritannien und den USA war in den 1970er Jahren schlechter als in allen anderen Dekaden des 20. Jahrhunderts, die Zeit des Ersten Weltkrieges ausgenommen²² Aber auch in der Bundesrepublik zeigen die Daten für die Kapitalrendite in den 1970er Jahren einen historischen Tiefpunkt. Nebenbei bemerkt resultiert ein großer Teil der vermeintlichen empirischen Überzeugungskraft in der Argumentation des französischen Ökonomen Thomas Piketty aus der simplen Tatsache, dass er den historischen Renditetiefpunkt der 1970er Jahre zum Ausgangspunkt nimmt.²³ Dass seit diesem Zeitpunkt die Renditen stark gestiegen sind, verwundert nicht. Hätte Piketty ein anderes Ausgangsdatum etwa aus den 1950er oder 1960er Jahren gewählt, wäre der Anstieg sehr viel moderater ausgefallen oder sogar ausgeblieben.

Von den Rückgängen der Kapitalrendite bzw. von den sinkenden Einnahmen aus Kapitalvermögen war vor allem der Mittelstand betroffen, insbesondere der verbeamtete, dessen Gehälter angesichts der Inflation nicht stiegen und dessen sonstige Einkommen in dieser Zeit sogar zurückgingen. Insbesondere die Professorenschaft, so Niall Fergusons überaus bemerkenswerte These, habe in den

21 Aus Rainer Metz, *Säkulare Trends der deutschen Wirtschaft*, in: Michal North (Hrsg.), *Deutsche Wirtschaftsgeschichte. Ein Jahrtausend im Überblick*, 2., völlig überarbeitete und aktualisierte Auflage, München 2005, S. 427-500, hier S. 472.

22 Ferguson, *Crisis* (wie Anm. 8), S. 11 f.

23 Thomas Piketty, *Das Kapital im 21. Jahrhundert*, München 2014 (zuerst frz. 2013).

1970er Jahren zumindest in Großbritannien, das ihm hierfür als Beispiel dient, eine deutliche Schwächung ihrer Verteilungsposition hinnehmen müssen, und das hierdurch bedingte Missvergnügen sei unter Umständen der eigentliche Grund dafür, warum die 1970er Jahre in der Literatur als derart krisenhaft hingestellt worden seien, obwohl sich das in den reinen Zahlen gerade nicht nachweisen lasse.²⁴ Die Krise der 1970er Jahre als Einbildung pessimistischer, depressiver Professoren, die ihre soziale Stellung bedroht sehen und unter den Auswirkungen der Massenuniversität um ihren Elitestatus bangen? Das ist ein interessanter Gedanke, aber kaum mehr. Die 1970er Jahren waren in der Tat eine Umbruchzeit, aber weniger wegen objektiver ökonomischer Gegebenheiten als vielmehr wegen des intensiven Wandels, der daraus resultierte, wie vor allem die Wirtschafts-, Finanz- und Geldpolitik versuchte, mit dem sich verlangsamenden Wachstum einerseits, dem gesellschaftlichen Reformwillen andererseits umzugehen. Vor allem von ersterem soll in der Folge die Rede sein.

Das Ende des Wechselkurssystems von Bretton Woods und die Öffnung der Weltwirtschaft

Obwohl auch er die ökonomischen Daten selbst für keineswegs besonders einschneidend hält, spricht der amerikanische Ökonom Alan Taylor gleichwohl davon, »that in the sphere of economic history the 1970s may yet emerge as one of the most important turning points of the modern era«.²⁵ Die Gründe hierfür, die Taylor noch als Reflex der Weltwirtschaftskrise begreift, haben etwas mit der Angst vor weltwirtschaftlicher Konkurrenz zu tun, die besonders jene Volkswirtschaften kennzeichne, die von der Weltwirtschaftskrise besonders betroffen gewesen seien. Diese Argumentation ist nicht sonderlich überzeugend; das Argument freilich, die 1970er Jahre seien weniger wegen der allgemeinen Wirtschaftsdaten, sondern vielmehr wegen der in diesem Jahrzehnt einsetzenden erneuten Öffnung der Weltwirtschaft von grundlegender Bedeutung, wird auch von anderen Autoren aus dem angelsächsischen Raum geteilt. Namentlich Daniel Sargent hat wiederholt betont, dass es die 1970er Jahre waren, in denen die US-Wirtschaft ihre relative Autonomie aufgab, die sie zuvor seit der Weltwirtschaftskrise gekennzeichnet hatte.²⁶ Die Daten bekräftigen den Befund, und auch eine Analyse der amerikanischen Wirtschafts- und Finanzpolitik jener Zeit bestätigt dieses Bild. Mit dem Untergang des Währungssystems von Bretton Woods entfiel überdies der Zwang zu umfassenden Kapitalverkehrs-

24 Ferguson, *Crisis* (wie Anm. 8), S. 9-12.

25 Alan Taylor, *The Global 1970s and the Echo of the Great Depression*, in: Ferguson/Maier/Manela/Sargent (Hrsg.), *Shock* (wie Anm. 8), S. 97-112, hier S. 97.

26 Daniel J. Sargent, *The United States and Globalization in the 1970s*, in: Ebd., S. 49-64, hier S. 54 f. Vgl. auch Jeffrey A. Frieden, *Global Capitalism. Its Rise and Fall in the 20th Century*, New York 2007.

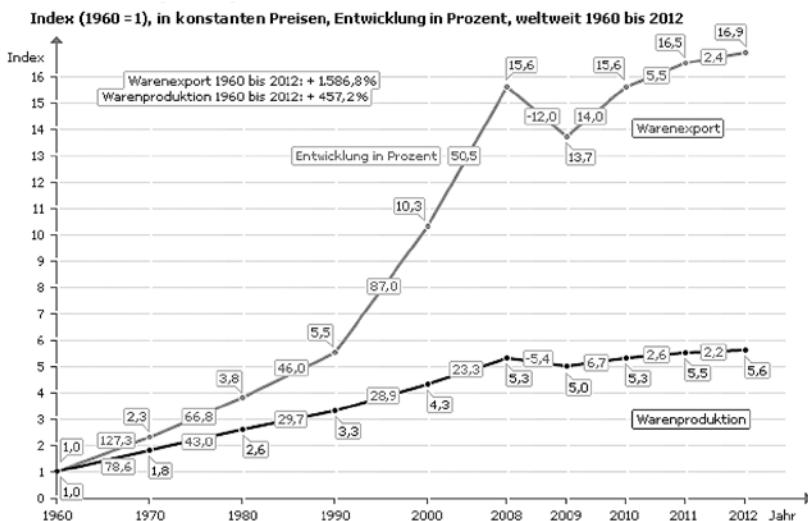


Abb. 4 Entwicklung des grenzüberschreitenden Warenhandels²⁷

beschränkungen und -kontrollen, die nach 1974 schrittweise aufgegeben wurden. In der Folge nahm nicht nur der amerikanische Außenhandel an Bedeutung zu; auch die Entstehung globaler Finanz- und Kapitalmärkte wurde nun möglich, während oder weil zugleich die Wechselkursrisiken für Waren- wie Geld- und Kapitaltransfers erheblich anwuchsen und einen wahren Schub an Finanzinnovationen auslösten.

In institutioneller Hinsicht war daher – weltwirtschaftshistorisch gesehen – die Aufgabe der Währungsordnung von Bretton Woods das entscheidende Datum. Erst dessen Verschwinden ermöglichte in der Tat die Bildung globaler Finanz- und Kapitalmarktstrukturen. Über die Bedeutung dieses sich seit den späten 1960er Jahren anbahnenden Ereignisses, mit dem der Dollar zumindest institutionell seine Rolle als Leitwährung verlor und die Weltwährungen sich relativ frei an den Märkten bewegen konnten, sollte freilich nicht vergessen werden, dass das in den Jahren zwischen 1944 und 1947 geschaffene System von Bretton Woods viel umfangreicher war. Insbesondere die ebenfalls in Bretton Woods verabredete Institutionalisierung freihändlerischer Strukturen wurde nicht aufgegeben, sondern in den 1970er Jahren weiter vorangetrieben. Weltbank, IWF und GATT erfüllten weiterhin, wenn auch zum Teil mit veränderten Aufgaben, ihre bisherigen Funktionen. Sie gewannen im Zuge der Liberalisierung der Währungsverhältnisse und der immer engeren Verflechtung der weltweiten Finanz- und Kapitalmärkte sogar an Bedeutung. Im Rahmen des GATT

²⁷ Grafik und Daten nach den Berechnungen der Bundeszentrale für politische Bildung (Link: <http://www.bpb.de/nachschlagen/zahlen-und-fakten/globalisierung/52543/entwicklung-des-warenhandels>).

wurden die Welthandelsrunden zur Erleichterung des Warenverkehrs und zur Senkung der Zölle und Handelshemmnisse erfolgreich weiter fortgeführt. Das Welthandelsvolumen ging in diesem Jahrzehnt keineswegs zurück, sondern vergrößerte sich beträchtlich.

Die Dynamik des Welthandels war bereits in den 1960er Jahren stärker als die der Warenproduktion; seit den 1970er Jahren öffnete sich die Schere fortlaufend zugunsten des Handels, der zu einem treibenden Moment der Weltwirtschaft wurde. Diese Intensivierung des Welthandels war eine direkte Folge des erfolgreichen Abbaus von Zöllen und Handelsreglementierungen im Rahmen der sog. Kennedy- bzw. Tokio-Runde des GATT in den 1960er und 1970er Jahren. Hatten die durchschnittlichen Zollsätze vor Beginn der Kennedy-Runde 1962 noch bei knapp 15 Prozent gelegen, so waren sie nach Kennedy- und Tokio-Runde Ende der 1970er Jahre auf etwas über 5 Prozent zurückgegangen. Dass angesichts der fortlaufenden Verbesserungen der Transporttechnik und der drastisch sinkenden Transportkosten der Welthandel stark zulegte, ist somit keine Überraschung.²⁸

Die Aufgabe der Währungsordnung von Bretton Woods, die nach der Ankündigung von US-Präsident Richard Nixon 1971, den Dollar nicht mehr in Gold zu tauschen, fast zwangsläufig geworden war²⁹, brachte zunächst die herkömmlichen Wechselkursverhältnisse stark durcheinander. Insbesondere Länder, deren Währung im bisherigen System zu niedrig bewertet worden war, werteten stark auf. Das war eine erhebliche Herausforderung gerade für Länder wie die Bundesrepublik, deren Exportrechnung in Dollar in die Höhe schoss. Zwar verbilligte sich der in Dollar fakturierte Import entsprechend, doch waren die Terms of Trade zeitweilig negativ. Die Abkehr von der Dollarbindung brachte der Bundesbank nun aber erhebliche Freiräume, da sie nicht mehr einen bestimmten Dollarkurs der DM verteidigen musste. Der inflationäre Druck sank; vor allem aber konnte nun auch in der Bundesrepublik auf Kapitalverkehrskontrollen weitgehend verzichtet werden, die unter dem bisherigen System immer wieder notwendig geworden waren. Ein Blick auf das sog. Trilemma der Währungspolitik kann dies verdeutlichen. Grundsätzlich sollte sich die Währungs-, Geld- und Finanzpolitik im System von Bretton Woods an drei Zielen orientieren, nämlich stabilen Währungen, möglichst freiem Kapitalverkehr, aber auch möglichst großen Spielräumen für die je nationale Geld- und Finanzpolitik.³⁰ Grundsätzlich

28 Brian J. Cudahy, *Box Boats. How Container Ships Changed the World*, New York 2006.

29 Das Ende des Währungssystems von Bretton Woods war dabei nur zum Teil eine Folge der amerikanischen Finanz- und Wirtschaftspolitik; sie folgte auch im System angelegten Ungleichgewichten, die sich bereits in den 1960er Jahren in hohen Leistungsbilanzdefiziten bzw. überschüssen und entsprechenden Zahlungsbilanzungleichgewichten niedergeschlagen hatten. Vgl. hierzu Francis J. Gavin, *Gold, Dollars, and Power. The Politics of International Monetary Relations, 1958-1971*, Chapel Hill 2004.

30 Zum Trilemma vgl. Paul Krugman/Maurice Obstfeld/Marc Melitz, *Internationale Wirtschaft. Theorie und Politik der Außenwirtschaft*, 9. Auflage, München 2012, Kap. 18.

ließen sich aber nur jeweils zwei Ziele erreichen, während eines verfehlt wird. Ein System starrer Wechselkurse, wie im Goldstandard oder, wenn auch unter anderen institutionellen Bedingungen, jetzt im Euro, erlaubt feste Wechselkurse und einen freien Kapitalverkehr, zwingt die jeweiligen Regierungen aber dazu, ihre Geld- und Finanzpolitik straff der Währungsordnung unterzuordnen. Das führte unter dem Goldstandard in den 1920er Jahren zu schweren Krisen, da die Regierungen gegen die Interessen der eigenen Bevölkerung gezwungen waren, eine restriktive Geldpolitik zu betreiben.³¹ Analog lassen sich die aktuellen wirtschafts- und finanzpolitischen Konflikte in der Euro-Zone begreifen. Die Währungsordnung von Bretton Woods mit ihren prinzipiell festen, aber doch anpassungsfähigen Wechselkursen sollte dieses starre Korsett vermeiden und erlaubte daher den jeweiligen Regierungen, ihre eigene Geld- und Fiskalpolitik zu betreiben, solange man sich an die Spielregeln der Ordnung von Bretton Woods hielt. Auf diese Weise gab es vergleichsweise stabile Wechselkurse und zugleich gewisse nationale Handlungsspielräume, die aber durch Kapitalverkehrsbegrenzungen und -kontrollen gesichert werden mussten, damit nicht ungehinderte Kapitalzu- oder -abflüsse das System ins Wanken brachten.³² Mit der Aufgabe dieser Währungsordnung 1971/73 verlor die Weltwirtschaft zwar das System fester Wechselkurse, gewann dafür aber einerseits erhebliche Spielräume für die je nationale Wirtschafts- und Finanzpolitik und konnte auch in den Augen nicht weniger Akteure endlich die Regeln für den Weltkapital- und Finanzverkehr liberalisieren, wodurch überhaupt erst so etwas wie ein internationaler Kapital- und Finanzmarkt entstand. Nun wurde es auch möglich, die schon unter dem System von Bretton Woods entstandenen, faktisch unregulierten europäischen Dollartransaktionen nicht nur hinzunehmen, sondern noch zu befördern. Die offshore betriebenen Geld- und Kapitalmärkte, also die »Euromärkte« in London, Luxemburg und andernorts, expandierten nun ungemein. Der Untergang der Währungsordnung von Bretton Woods, die damit verbundene Chance zur Liberalisierung des Weltkapitalverkehrs und die gleichzeitige Liberalisierung des Welthandels waren weltwirtschaftshistorisch gesehen daher die entscheidenden Veränderungen der 1970er Jahre. Sie änderten die Weltwirtschaft nicht, schufen aber bisher unbekannte Handlungsmöglichkeiten, die von den Akteuren der Weltwirtschaft auch sehr rasch genutzt wurden.

Die Gewinner und Verlierer der Intensivierung des Welthandels und der Entstehung und Expansion der internationalen Kapital- und Finanzmärkte waren indes keineswegs gleichmäßig verteilt. Einerseits traf die Öffnung der Weltwirtschaft die Länder entsprechend ihrer jeweiligen volkswirtschaftlichen Profile ganz unterschiedlich. Andererseits waren in den jeweiligen Ländern manche Branchen stärker betroffen als andere, so dass sich die Frage stellte, ob völlig

31 Barry Eichengreen, *Golden Fetters. The Gold Standard and the Great Depression, 1919-1939*, Oxford 1992.

32 Carsten Burhop/Julian Becker/Max Bank, *Deutschland im Weltwährungssystem von Bretton Woods*, in: *Geschichte und Gesellschaft* 39 (2013), S. 197-239.

flexible Wechselkurse politisch überhaupt dauerhaft sinnvoll sein konnten. Zumindest in der westeuropäischen Welt³³ beantwortete man vor dem Hintergrund der intensiven Handelsverflechtung diese Frage zunächst negativ und schuf nach einer gewissen Zeit mit der Europäischen Währungsschlange ein System koordinierter Wechselkurse, in dem nun de facto die DM die Rolle der Leitwährung übernahm und die Bundesbank zur zentralen währungs- und geldpolitischen Instanz wurde, an der sich die anderen europäischen Zentralbanken, sofern man Teil der Währungsschlange war, orientieren mussten. Diese lockere Koordination erwies sich jedoch als überaus krisenanfällig, so dass mit dem Anfang 1979 in Kraft tretenden Europäischen Währungssystem eine straffere Organisation geschaffen wurde, in der freilich die Rollen ganz ähnlich verteilt waren wie zuvor in der Währungsschlange.³⁴

Petrodollars, Eurodollars und viele Schulden

Mit der Liberalisierung der weltwirtschaftlichen Beziehungen waren zugleich auch politische Veränderungen verbunden, die zu einer neuen Konstellation führten, die letztlich für einen Globalisierungsschub sprachen. Denn spätestens mit der Aufgabe des Währungssystems von Bretton Woods wurde zahlreichen Politikern in den USA klar, dass eine Art weltwirtschaftlicher Alleingang, wie man ihn in der Nachkriegszeit lange geglaubt hatte gehen zu können, vorbei war. Interdependenz wurde das neue Schlagwort, in dem auch der Verzicht auf eine unipolare Ordnung der Weltwirtschaft zum Ausdruck kam. Sein Repräsentant wurde vor allem der Sicherheitsberater Richard Nixons und spätere Außenminister Henry Kissinger.³⁵ Dabei war es nicht nur die Aufgabe des Dollars als Leitwährung, die zu Anpassungen zwang. Die Niederlage im Vietnam-Krieg zeigte der US-Regierung Grenzen. Vor allem aber verschob der erste Ölpreisschock 1973 die Koordinaten deutlich, da infolge des Lieferboykotts zahlreicher arabischer Länder gegenüber den USA und den Niederlanden geradezu schlagartig klar wurde, dass in einer ökonomisch vernetzten Welt gegenseitiger Abhängigkeiten so etwas wie Autonomie unrealistisch geworden war. In der Folge des im Oktober 1973 ausgebrochenen israelisch-ägyptischen Krieges nahmen die OAEPC-Staaten ihre Förderung um monatlich 5 Prozent zurück und belegten einzelne Länder mit Lieferstopps.³⁶ Infolgedessen verdoppelte sich der Ölpreis,

33 Daisuke Ikemoto, *European Monetary Integration 1970-1979. British and French Experiences*, Basingstoke 2011. Generell Wilfried Loth, *Europas Einigung. Eine unvollendete Geschichte*, Frankfurt a. M. 2014.

34 Hierzu Barry Eichengreen, *Globalizing Capital. A History of the International Monetary System*, 2. Aufl., Princeton 2008.

35 Sargent, *Globalization* (wie Anm. 26), S. 52-58.

36 Stefan Göbel, *Die Ölpreiskrisen der 1970er Jahre. Auswirkungen auf die Wirtschaft von Industriestaaten am Beispiel der Bundesrepublik Deutschland, der Vereinigten Staaten, Japans, Großbritanniens und Frankreichs*, Berlin 2013, S. 26.

der auch im kommenden Jahr weiter anstieg. Insgesamt kam es in dieser ersten Ölkrise zu einer Vervierfachung des Ölpreises.³⁷

Die Wirkungen der Ölpolitik der OAPEC waren freilich weit davon entfernt, zu einer ökonomischen Katastrophe zu werden. Nicht nur hielten sich keineswegs alle Staaten an die Förderreduktion; Irak und Libyen steigerten sogar die Förderung und den Verkauf von Rohöl in der Krise. Libyen belieferte die USA auch weiterhin. Die Bundesrepublik und andere europäische Staaten waren vom Embargo als »befreundete Staaten« ohnehin ausgenommen.³⁸ Im Dezember 1973 war die Politik des Boykotts faktisch beendet, der mit der Aufhebung des Embargos gegen die Niederlande durch die OAPEC-Konferenz von Kairo im Sommer 1974 auch offiziell sein Ende fand.³⁹ Politische Wirkung hatten die arabischen Staaten nicht erzielt; zu einer Verknappung des Ölangebotes auf den Weltmärkten war es nicht gekommen. Als politische Waffe hatte das Öl somit versagt.⁴⁰ Aber auch die ökonomische Wirkung der Ölpreiserhöhungen, die freilich im Kern wenig mit den politischen Konflikten zu tun hatten, sondern eine Folge der arabischen Ölpolitik seit den späten 1950er Jahren und den Bemühungen, sich einen größeren Teil der Erträge zu sichern, darstellte, war begrenzt. Sicher fiel die Vervierfachung des Ölpreises mit einer Wirtschaftskrise in Westeuropa und den USA zusammen, die auf diese Weise verstärkt wurde. Die Tatsache, dass die Ölrechnung der Bundesrepublik 1974 etwa 17 Mrd. DM mehr betrug als im Vorjahr, und dies trotz der deutlichen Aufwertung der DM nach dem Ende des Währungssystems von Bretton Woods, ist zweifellos bedeutend, führte aber nicht zu Zahlungsbilanzproblemen; andere Länder konnten die Erhöhung ihrer Ölrechnung nicht so ohne weiteres begleichen.⁴¹ Gleichwohl gelang es den westlichen Industriestaaten fast durchweg, durch eine Umstellung der Energiepolitik die Verschiebung in den Außenhandelsstrukturen zu begrenzen. Energieeffizienzsteigerungen, Energiesparmaßnahmen und Energiesubstitution kamen auf die Tagesordnung. Der Aufstieg der Atomenergie nicht nur in der Bundesrepublik, sondern insbesondere in Frankreich und Japan, aber auch die allerdings kurze Hoffnung des deutschen Steinkohlenbergbaus aus seiner nunmehr bald 15 Jahre andauernden Strukturkrise herauszukommen, sind hier begründet.⁴² Die Verschlechterung der deutschen Terms of Trade, also der Anstieg der Importpreise und die Stagnation bzw. das langsamere Steigen der Exportpreise, verteuerte die deutsche Außenhandelsrechnung insgesamt nur kurze Zeit. Die zurückfließenden Petrodollar halfen

37 Hierzu ausführlich Jens Hohensee, *Der erste Ölpreisschock 1973/74. Die politischen und gesellschaftlichen Auswirkungen der arabischen Erdölpolitik auf die Bundesrepublik Deutschland und auf Westeuropa*, Stuttgart 1996.

38 Göbel, *Ölpreiskrisen* (wie Anm. 36), S. 28.

39 Ebd., S. 30.

40 Hohensee, *Ölpreisschock* (wie Anm. 37), S. 91f.

41 Göbel, *Ölpreiskrisen* (wie Anm. 36).

42 Vgl. Rainer Karlsch/Raymond G. Stokes, *Faktor Öl. Die Mineralölwirtschaft in Deutschland 1859-1974*, München 2003. Siehe auch Hohensee, *Ölpreisschock* (wie Anm. 37), S. 107.

ebenso wie die starke Stellung der DM, die die Preiserhöhungen auf Dollar-Basis relativierte. Die Verschlechterung der westdeutschen Terms of Trade jedenfalls kam nach der zweiten deutlichen Ölpreiserhöhung Ende der 1970er/Anfang der 1980er Jahre zum Stillstand.

Die wirtschaftlichen Folgen der Ölpreiserhöhungen waren für die meisten entwickelten Länder daher stärker psychologisch als ökonomisch bedeutsam, zumindest in konjunktureller Hinsicht. Es gab freilich weitere ökonomische und vor allem finanzielle Folgen, die bei der Beurteilung der 1970er Jahre von großer Bedeutung sind. Zunächst verstärkten die rasch steigenden Energiepreise in vielen Ländern einerseits die Zahlungsbilanzprobleme, andererseits die ohnehin bestehende Inflation, die die Zentralbanken etwa im Falle Großbritanniens, wie bereits betont, nicht in den Griff bekamen. Die wirtschafts- und finanzpolitischen Probleme nahmen mithin in diesen Jahren auch wegen der Ölpreiserhöhungen deutlich zu – und mit ihnen deren gesellschaftliche Folgen etwa bei den Lohnauseinandersetzungen. Länder mit niedriger Inflationsrate und einer vergleichsweise effizienten Energiepolitik, wie die Bundesrepublik Deutschland, schnitten in dieser Hinsicht sehr viel günstiger ab. Doch waren das im Grunde alles nur Petitessen, gemessen an der eigentlichen Wirkung der Ölpreiserhöhungen für den Weltfinanzmarkt. Denn die Einnahmen der arabischen Ölexportstaaten schossen in die Höhe. Länder wie Kuwait hatten plötzlich das höchste Pro-Kopf-Einkommen der Welt, wussten aber zunächst nicht, was sie mit dem Geld, das ihnen zuströmte, unternehmen sollten, da die jeweiligen Volkswirtschaften viel zu wenig entwickelt waren, um das Geld über den Import von Industrie- und Konsumgütern zu nutzen. Allein im Jahr 1974 saßen die Ölförderländer auf Devisenüberschüssen in Höhe von 60 Mrd. Dollar⁴³, die nun Jahr für Jahr in schöner Regelmäßigkeit anfielen und nach Verwertung verlangten. In den arabischen Ländern war für das Geld jedenfalls keine Verwendung, so dass es auf die internationalen Finanz- und Kapitalmärkte zurückströmte, die nun unter einem gewaltigen Überangebot an Liquidität standen, für das in den entwickelten Industriestaaten, die mitten im Strukturwandel steckten, wiederum kaum Verwendung war. Überdies präferierten die arabischen Staaten kurzfristige Anlageformen⁴⁴, so dass die Frage war, wie mit dieser gewaltigen Liquidität, die angesichts der Volatilität der gerade liberalisierten Währungsmärkte jederzeit für erhebliche Unruhen sorgen konnte, umzugehen sei. Es hätte nahegelegen, zumindest einen Teil dieser Liquidität stillzulegen, indem ihn etwa der IWF durch Erhöhung der jeweiligen Ziehungsrechte seinen Reserven zugeschlagen hätte, doch genau dies verhinderten insbesondere die USA, die nach 1973 keine Aufwertung dieser Einrichtung des Bretton-Woods-Systems bzw. eine Verschiebung der nationalen Gewichte in dessen Rahmen wünschten. Stattdes-

43 Heinrich Bechtoldt, Unter dem Diktat des Petro-Dollars, in: Außenpolitik 25 (1974), S. 302-314, hier S. 309.

44 Lutz Köllner, Chronik der deutschen Währungspolitik 1871-1991, 2., erweiterte Auflage, Frankfurt a. M. 1991, S. 190 f.

sen wurden das private Finanz- und Bankensystem, aber auch institutionelle Anleger sowie die Notenbanken, die Regierungen und vor allem auch die internationalen Organisationen – von der Europäischen Kommission bis zur Weltbank – aktiv. Das Recycling der Petro-Dollar erfolgte dabei überwiegend über den ohnehin kaum regulierten Eurodollar-Markt und beschleunigte dessen weitere Expansion, wodurch der mit der Liberalisierung theoretisch mögliche Weltfinanz- und -kapitalmarkt nun auch ganz praktisch ins Leben trat. Der Euro-Dollar-Markt und das hier erfolgende Recycling der Petro-Dollar können in gewisser Hinsicht daher als die Ursprünge des globalen Finanzsystems angesehen werden.⁴⁵ Die beteiligten privaten Geschäftsbanken wuchsen entsprechend; neben Versicherungen und Pensionsfonds, aber auch neben Zentralbanken und internationalen Organisationen spielten sie eine entscheidende Rolle. Die Akteurstellung der heutigen globalen Finanzwelt hat hier ihren Ursprung.

Die Folgen waren aber nicht nur in institutioneller Hinsicht weitreichend. Die überschüssige Liquidität suchte dringend nach Anlagemöglichkeiten, für die aber in den von hoher Inflation und niedrigen Kapitalrenditen gebeutelten europäischen und nordamerikanischen Volkswirtschaften nur begrenzt Nachfrage, und wenn dann insbesondere zum Zahlungsbilanzausgleich bestand. Die überschüssige Liquidität verhinderte zudem, dass einzelne Zentralbanken durch eine entsprechend gestaltete Zinspolitik die Inflationsraten wirksam bekämpften, da mit der Liberalisierung der Finanzmärkte und der raschen Expansion des ohnehin wenig eingehetzten Euro-Dollar-Verkehrs nationale Regulierungen an Bedeutung verloren. Gerade dies war es, was Henry Kissinger und andere unter »Interdependenz« verstanden. Finanzpolitische Alleingänge wurden schwieriger, und die Tendenz unter den großen Industriestaaten, sich abzustimmen, sehr viel größer; 1975 fand das erste G 6-Treffen im französischen Rambouillet statt. Die Globalisierung war auf der Ebene der Institutionen angekommen, was sich u. a. durch die privat finanzierte (David Rockefeller) sog. Trilaterale Konferenz, auf der Wissenschaftler, Bankiers, Industrielle und Politiker die Probleme des Weltwirtschaftssystems besprachen, bereits abgezeichnet hatte.⁴⁶ Von den mittleren 1970er Jahren an gewannen zudem die gemeinsamen Jahrestagungen von IWF und Weltbank an Bedeutung, nicht zuletzt weil hier auch stets Angehörige der jeweiligen Regierungen beteiligt waren. Obwohl die USA das eigentlich nicht wollten, gewannen traditionelle Bretton-Woods-Institutionen dadurch wieder an Bedeutung. Die internationale Abstimmung nahm auf vielen Feldern jedenfalls deutlich zu, und der westdeutsche Bundeskanzler Helmut Schmidt, der stets an erster Stelle dabei war, konnte dabei auch deshalb eine gute Figur machen, weil die makroökonomischen Daten für die Bundesrepublik im Vergleich noch günstig ausfielen. In dieser Tatsache ist im Übrigen der bis heute

45 Sargent, *Globalization* (wie Anm. 26), S. 59. Vgl. auch Ekkehard Storck, *Euromarkt. Finanz-Drehscheibe der Welt*, Stuttgart 1995.

46 Sargent, *Globalization* (wie Anm. 26), S. 61. Vgl. auch Hans-Heinrich Nolte, *Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts*, Wien/Köln/Weimar 2009, S. 115-128.

anhaltende, von der Sache her nicht unbedingt gerechtfertigte Anspruch von Helmut Schmidt, Weltökonom zu sein, begründet. Gemeinsam mit Valéry Giscard d'Estaing, dem französischen Präsidenten, der ebenfalls noch einigermaßen gute Zahlen vorweisen konnte, waren beide Männer die berühmten Einäugigen unter den Blinden: Könige freilich von beschränkter Machtbefugnis.⁴⁷

Die sich bei den privaten Banken namentlich der USA, Großbritanniens und Frankreichs, weniger der Bundesrepublik⁴⁸ befindenden großen Dollarmengen suchten nach Anlagechancen, die sie, wie gesagt, in Westeuropa und Nordamerika angesichts der relativ niedrigen Zinsen und der niedrigen Investitionsneigung kaum fanden. Der Zustrom der Petro-Dollar nach Westeuropa wurde zudem aus währungspolitischen Gründen nicht gern gesehen, so dass sich seit Mitte der 1970er Jahre die Anstrengungen aus Politik und Finanzwirtschaft häuften, in den Entwicklungsländern, wie man damals sagte, neue Anlagemöglichkeiten zu erschließen. In dieser Konstellation nahm die Schuldenkrise Lateinamerikas ihren Anfang, da dort, nicht zuletzt auch unter dem Einfluss US-amerikanischer Wirtschaftsberater, mehr und mehr Regierungen von der älteren Politik der Dissoziation Abstand nahmen, mit der man durch eine zeitweilige Abkopplung von den Weltmärkten an Handlungsspielraum für eine autonom gestaltete wirtschaftliche Entwicklung gewinnen wollte.⁴⁹ An die Stelle der Dissoziation trat nunmehr eine Politik der gezielten Verschuldung, um durch ausländische Kredite nationale Entwicklungen auszulösen, mit denen dann wiederum die Schuldenlast bewältigt werden sollte. Parallel dazu setzte, namentlich in Chile nach dem Sturz von Salvador Allende 1973, eine Politik der gezielten Liberalisierung und Weltmarktöffnung ein, durch die die schuldenfinanzierte Entwicklung zusätzliche Impulse erhalten sollte.⁵⁰ Entsprechend explodierte die Auslandsverschuldung der lateinamerikanischen Staaten, die 1973 erst 44,4 Mrd. Dollar betragen hatte, auf 325 Mrd. Dollar 1982. Die wirtschaftlichen Erfolge blieben indes aus; die Wachstumsraten sanken in den 1970er Jahren langsam von zunächst etwa 8 auf schließlich 5 Prozent ab, um dann 1981 in Stagnation und 1982 in eine Phase der Schrumpfung überzugehen. Zugleich schossen die Inflationsraten in die Höhe von durchschnittlich 32 Prozent 1973 auf 64,6 Prozent 1982.⁵¹ Die Politik der verschuldungsinduzierten Entwicklung erwies sich damit zumindest im Durchschnitt als wenig erfolgreich, was freilich

47 Vgl. Matthias Waechter, Helmut Schmidt und Valéry Giscard d'Estaing. Auf der Suche nach Stabilität in der Krise der 70er Jahre, Bremen 2011.

48 Hier bemühte man sich wohl zunächst eher noch darum, das arabische bzw. persische Geld für ein langfristiges Engagement in der Industrie zu gewinnen, mit durchaus gemischten Reaktionen in der deutschen Öffentlichkeit, was etwa das Engagement von Kuwait bei Daimler-Benz oder des Schahs von Persien bei Krupp betraf; vgl. dazu Johannes Bähr/Ralf Ahrens, Jürgen Ponto, Banker und Bürger. Eine Biografie, München 2013, S. 181-194.

49 Hierzu Dieter Senghaas, Weltwirtschaftsordnung und Entwicklungspolitik. Plädoyer für Dissoziation, Frankfurt a. M. 1977.

50 Adelman, *International Finance* (wie Anm. 9), S. 123 f.

51 Ebd., S. 123.

an den politischen Verhältnissen und den Strategien der meisten lateinamerikanischen Regierungen und weniger an anonymen weltwirtschaftlichen Strukturen lag, wie Adelman zurecht betont.⁵² Freilich wäre es zu kurz gegriffen, allein wirklich oder vermeintlich korrupte politische Strukturen in Lateinamerika zu beklagen; die Verschuldung dieser Länder folgte auch Ratschlägen von IWF und Weltbank, hinter denen maßgeblich die Regierungen der westlichen Industrieländer und die mit ihnen zusammenarbeitenden Geschäftsbanken standen. Doch wie dem auch sei. Hier interessiert vielmehr der weltwirtschaftliche Zusammenhang und da ist der Wendepunkt in den 1970er Jahren mit der Entstehung globaler Finanz- und Kapitalmarktstrukturen deutlich zu erkennen.

Die unmittelbare ökonomische und politische Bedeutung der Ölpreiserhöhungen war daher gar nicht so bedeutend, wie lange unterstellt. Die wirtschaftliche Situation jener Jahre war gemessen am Wiederaufbau durchwachsen, keineswegs aber katastrophal. Zudem erweisen sich die 1970er Jahre auch nicht als besonders gewalttätiges oder kriegerisches Jahrzehnt, auch wenn im Gefolge der zahlreichen Nahostkriege der Terrorismus, der freilich in Italien und der Bundesrepublik auch hausgemacht war, eine internationale Dimension erlangte. Die Zahl der Konfliktopfer jedenfalls, sei es von Bürgerkriegen oder eher traditionellen zwischenstaatlichen Kriegen, war geringer als in den 1980er Jahren. Bemerkenswert war vor allem die große Zahl der Bürgerkriegstoten in diesem Jahrzehnt⁵³, doch interessiert das hier nur am Rande. Entscheidend war vielmehr die mit den Ölpreiserhöhungen verbundene Entstehung eines umfassenden und hochliquiden internationalen Finanzmarktes, mit der die Grundlagen des heutigen internationalen Finanzmarktkapitalismus – wenn man diesen etwas eigenartigen Begriff nutzen will – gelegt wurden.

Einstürzende Strukturen

Die Änderung der weltwirtschaftlichen Strukturen, insbesondere die beginnende Globalisierung, der Abbau der Zollbarrieren und der Wegfall des bisherigen Währungssystems lösten nun ihrerseits wiederum eine Beschleunigung des wirtschaftlichen Strukturwandels in den jeweiligen Volkswirtschaften aus, die alles andere als trivial war. Insofern kann neben der beginnenden Globalisierung und der Entstehung globaler Kapital- und Finanzmärkte zugleich eine hierdurch ausgelöste Beschleunigung des ökonomischen Strukturwandels für die 1970er Jahre festgestellt werden, der hierdurch aber keineswegs hervorgerufen wurde. Die Muster der Nachkriegsrekonstruktion hatten in zahlreichen Ländern bereits in den späten 1960er Jahren an Dynamik verloren; der industrielle Strukturwandel wurde freilich abgremst, nimmt man das Beispiel der Bun-

52 Vgl. auch Jeffrey A. Frieden, *Debt, Development, and Democracy. Modern Political Economy and Latin America, 1965-1985*, Princeton 1991.

53 Ferguson, *Crisis* (wie Anm. 8), S. 4.

desrepublik Deutschland, durch die Folgen der im Rahmen des Bretton-Woods-Systems unterbewerteten deutschen Währung einerseits, der im Rahmen des Keynesianismus betriebenen Strukturhaltungssubventionierung etwa des Bergbaus, der Schiffbauindustrie oder der Landwirtschaft andererseits. Beide Tatbestände hatten eine inflationäre Wirkung und untergruben auf diese Weise die Wettbewerbsfähigkeit der westdeutschen Industrie zusätzlich. Doch solange der Wahrungsschutz bestand und andere Industriestaaten eine noch schwächere Performanz zeigten, mochte dies scheinbar akzeptabel sein. 1971/73 aber entfiel der Wahrungsschutz; die DM wertete stark auf und zahlreiche westdeutsche Produkte verteuerten sich auf dem Weltmarkt. Gleichzeitig brach 1973/74 eine »reguläre« konjunkturelle Krise aus, die durch die Folgen der Olpreisanhebungen und das Auslaufen der besonderen Wiederaufbaubedingungen etwa im Baugewerbe noch verschärft wurde. Hinzu kam, dass nach und nach die geburtenstarken Nachkriegsjahrgange auf den Arbeitsmarkt drängten. Nun rachte sich auch, dass insbesondere während der 1960er Jahre der durch das Währungssystem künstlich geschürte Arbeitskräftemangel nicht durch vermehrte technische Anstrengungen, sondern durch die Anwerbung in der Regel gering qualifizierter sog. Gastarbeiter ausgeglichen worden war, die sich jetzt als zusätzliches Arbeitsmarktproblem erwiesen. Schließlich kam es im Rahmen hoher Inflationsraten, niedriger Kapitalrenditen, niedriger Realzinsen und sinkender wirtschaftlicher Erwartungen zu einer bemerkenswerten Verschiebung bei den Investitionen, die nun vor allem auf technische Rationalisierung und angesichts der Verschiebung der relativen Preise von Kapital und Arbeit auf eine Verdrängung leicht substituierbarer menschlicher Arbeit durch verstärkten Kapitaleinsatz hinausliefen. All das zusammengenommen trieb nicht nur die Arbeitslosenziffern auf bis dato unbekannte Höhen. Ab 1974 wurde in Westdeutschland die Zahl von einer Million Arbeitslosen nicht mehr unterschritten; in der Krise nach 1980 wurde auch die Zweimillionen-Marke dauerhaft genommen.⁵⁴

Vielmehr setzte nun ein intensiver industrieller Strukturwandel ein, in dem nach und nach jene Industriezweige verschwanden oder zumindest stark schrumpften, die aufgrund ihrer geringen technischen Komplexität keine spezifischen Kostenvorteile gegenüber der ausländischen, vor allem japanischen Konkurrenz hatten bzw. unter technologischen Anpassungsdruck gerieten oder im Wiederaufbau eine Größe erreicht hatten, die sich nun als nicht dauerhaft erwies. Auch wenn durch eine solche Schematisierung die Komplexität des industriellen Strukturwandels nur angedeutet werden kann, lassen sich doch in etwa drei Gruppen bilden, und zwar eine erste wie die Schwerindustrie, die technologisch nicht oder nur eingeschränkt überlebensfähig war, eine zweite wie die Bauwirtschaft, die unter dem Auslaufen der Nachkriegskonjunktur litt, sowie drittens ein größer Teil der verarbeitenden Industrien, die unter starken inter-

54 Hierzu als Überblick Werner Plumpe, Industrieland Deutschland 1945 bis 2008, in: Hans-Peter Schwarz (Hrsg.), Die Bundesrepublik Deutschland. Eine Bilanz nach 60 Jahren, Köln/Weimar/Wien 2008, S. 379-404.

nationalen Wettbewerbsdruck gerieten. Die Krise der Schwerindustrie ist dabei kein genuines Phänomen der 1970er Jahre, sondern datiert schon auf das Ende der 1950er Jahre, als die Steinkohle sich im Wettbewerb mit dem Öl als technologisch und preislich unterlegen erwies, und auf die 1960er Jahre, als die Eisen- und Stahlindustrie unter einem massiven technologischen Entwicklungsschub erhebliche Kapazitätsprobleme bekam. Die Arbeitsplatzverluste, die zusammengekommen bis in die zweite Hälfte der 1970er Jahre etwa 500.000 Stellen in Bergbau und Stahlindustrie umfassten, betrafen vor allem bestimmte Regionen wie das Ruhrgebiet und waren auch deshalb besonders sichtbar, weil hier große, bekannte Konzerne betroffen waren. Es waren vor allen Dingen einfache Arbeitsplätze, die wegfielen.⁵⁵ Die Krise der Schwerindustrie war in den 1970er Jahren noch nicht ausgestanden, ja wurde weiter verschärft; ihre Ursachen lagen indes ganz woanders.

Das gilt für das Baugewerbe nicht, das in den 1970er Jahren zweifellos das prominenteste Opfer des zu Ende gehenden Wiederaufbaus wurde. Der Niedergang des Baugewerbes, das ja im Wesentlichen mit nicht handelbaren Gütern wirtschaftete, verdankte sich weniger einer intensiver werdenden Weltmarktkonkurrenz als vielmehr dem Auslaufen der Wiederaufbaukonjunktur, zeigte dann in seiner realen Gestalt allerdings exakt die vorher genannte Verlaufsform auf. In den 1970er Jahren schrumpfte nicht allein das Bauvolumen; vielmehr kam es zu einer Entkoppelung von Bauvolumen und Beschäftigungshöhe, da durch technische Rationalisierung die Arbeitsleistung pro Stunde deutlich gesteigert werden konnte. Im Ergebnis ging in den 1970er Jahren die Zahl der Arbeitsplätze allein im Bauhauptgewerbe um etwa 500.000 zurück, von den Beschäftigungsverlusten im Baunebengewerbe und den verbundenen Industriebranchen zu schweigen. Die Erhöhung der Kapitalintensität und die gleichzeitige Senkung der Lohnkosten gingen dabei Hand in Hand. Der Bauhilfsarbeiter, eine Massenerscheinung in den 1950er und 1960er Jahren, mit der vor allem für gering qualifizierte Arbeitskräfte Beschäftigungsmöglichkeiten verbunden waren, verschwand nicht vollständig, aber weitgehend. Hatte in den 1950er Jahren nur jeder zweite Beschäftigte im Bauhauptgewerbe eine Ausbildung, so waren es Mitte der 1980er Jahre bei deutlich geschrumpften Belegschaftsziffern bereits drei Viertel. Strukturwandel hieß also vor allen Dingen: Abbau von einfacher Beschäftigung und ihre Ersetzung durch Maschinenarbeit.⁵⁶

Ganz ähnlich erging es schließlich anderen Branchen, die, wollten sie in der Bundesrepublik überleben, dies nur mittels einer starken technischen Er-

55 Christoph Nonn, Die Ruhrbergbaukrise. Entindustrialisierung und Politik 1958-1969, Göttingen 2001. Ferner Werner Plumpe, Krisen in der Stahlindustrie der Bundesrepublik Deutschland, in: Friedrich-Wilhelm Henning (Hrsg.), Krisen und Krisenbewältigung vom 19. Jahrhundert bis heute, Frankfurt a.M. 1998, S. 70-91.

56 Hierzu Werner Plumpe, Wirtschaftsgeschichtlicher Überblick. Entwicklung und Struktur des deutschen Baugewerbes, in: Arno Klönne/Hartmut Reese/Irmgard Weyrather/Bernd Schütt (Hrsg.), Hand in Hand. Bauarbeit und Gewerkschaften. Eine Sozialgeschichte, Frankfurt a.M. 1989, S. 364-373.

neuerung erreichen konnten, in deren Ergebnis ebenfalls durch die Ersetzung der einfachen Arbeit durch Maschineneinsatz das Arbeitsvolumen insbesondere im geringqualifizierten Bereich deutlich zurückging. Hier spielte anders als in der Bauwirtschaft, wo der Markt aufgrund nationaler Bedingungen stark schrumpfte, allerdings vor allem die internationale Konkurrenz eine Rolle. Eines der prominentesten Opfer der sich intensivierenden Weltmarktkonkurrenz wurde der Schiffbau, der den Strukturwandel hin zu technisch komplexen Produkten letztlich nur dank starker Subventionen schaffte, und das in deutlich geschrumpftem Umfang. Ähnlich erging es der Textilindustrie, die bis auf Reste aus der Bundesrepublik verschwand, wobei diese Reste sich frühzeitig auf die Herstellung anspruchsvoller technischer Textilien konzentriert hatten. Ein ähnliches Schicksal erlitten Teile der feinmechanischen und optischen Industrie und des Maschinenbaus, wobei sich letzterer trotz schwerer Krisen als ebenso anpassungsfähig erwies wie die Automobilindustrie, die ebenfalls in den 1960er und 1970er Jahren nach dem Ende des Wiederaufbaubooms in eine Krise geriet. Die Industriebeschäftigung, die in der Bundesrepublik Deutschland in den 1960er Jahren einen historischen Höhepunkt erreicht hatte, ging jedenfalls in den 1970er Jahren deutlich zurück, und auch die soziale Zusammensetzung der Beschäftigten verschob sich deutlich zugunsten der Angestellten und zugunsten höher qualifizierter Tätigkeiten.⁵⁷

Die Wirtschaft der Bundesrepublik verlor in diesem Jahrzehnt sukzessive ihren »proletarischen Charakter«, zumal sich in diesen Jahren trotz steigender Arbeitslosigkeit die Verteilungsposition der verbliebenen Arbeiter, ja der abhängig Beschäftigten deutlich verbesserte. Es fällt daher schwer, diesen beschleunigten Strukturwandel negativ zu interpretieren, wie sich das angesichts der Arbeitsplatzverluste in einem Teil der Literatur eingebürgert hat. Es scheint eher so zu sein, dass durch die besonderen Bedingungen des Wiederaufbaubooms, der zudem durch das Währungssystem von Bretton Woods zusätzlich angeheizt und vor Konkurrenz geschützt worden war, sich der Strukturwandel verlangsamt hatte, so dass sich auch industrielle Strukturen, die im Grunde längst wirtschaftlich und technisch überholt waren, noch halten konnten. Die 1970er Jahre zogen über dieser aufgeheizten Atmosphäre die »Käseglocke« weg – und legten dabei jene Scheinblüten bloß, die in der Tat nicht länger überlebensfähig waren. Das vielbesprochene Scheitern des Keynesianismus in der Bundesrepublik verdankt sich insofern auch der fast tragischen Situation, letztlich mit den Mitteln staatlicher Wirtschaftsförderung aus sozialen Gründen Strukturen zu konservieren, die unter den Bedingungen eines offenen Weltmarktes eben nicht konkurrenzfähig waren.⁵⁸

57 Ralf Rytlewski/Manfred Opp de Hipt, *Die Bundesrepublik in Zahlen 1945/49–1980. Ein sozialgeschichtliches Arbeitsbuch*, München 1987, S. 81–83.

58 Hierzu Scherf, *Enttäuschte Hoffnungen* (wie Anm. 19). Des Weiteren Giersch/Paqué/Schmieding, *The Fading Miracle* (wie Anm. 13), S. 231.

Aus wirtschaftshistorischer Sicht sind die 1970er Jahre daher zugleich Jahre eines sich intensivierenden globalen und regionalen Strukturwandels nicht zuletzt in Folge der in diesen Jahren erfolgenden Öffnung des Weltmarktes und der Entstehung eines globalen Finanz- und Kapitalmarktes wie auch, andererseits, Jahre der »Normalisierung« nach einem Boom, der nicht nur eine durch den Krieg bedingte Sonderkonjunktur brachte, sondern wegen der gewählten weltwirtschaftlichen Institutionen auch eine Art »Treibhausatmosphäre« schuf, die den ökonomischen Strukturwandel eher behinderte. Die Tatsache, dass es den verschiedenen entwickelten Volkswirtschaften nach einer Phase der Anpassungsschwierigkeiten fast durchweg gelang, sich auf diese veränderten Rahmenbedingungen einzustellen, zeigt, dass es sich in der Tat um nachholenden Strukturwandel handelte und nicht um eine grundlegende Verschiebung der ökonomischen Handlungsbedingungen, die unüberwindbare Anpassungsprobleme geschaffen hätte. Die jeweiligen Länder reagierten auf diese Anpassungsprobleme so, wie es im Rahmen einer offenen Weltwirtschaft im Grunde zu erwarten war, nämlich durch Spezialisierung auf jene volkswirtschaftlichen Bereiche, in denen sie jeweils besonders produktiv waren bzw. Produktivitätsvorteile in einer Weise besaßen, die eine Selbstbehauptung in der nunmehr relativ unbegrenzten Weltmarktkonkurrenz ermöglichten. Großbritannien etwa gab nach einer Übergangszeit einen Teil seiner industriellen Strukturen auf, um sich auf internationale Finanzdienstleistungen zu konzentrieren, mit deren Ertrag dann wiederum der notwendige Industriegüterimport finanziert werden konnte. Die USA waren wegen ihres großen Binnenmarktes in einer komfortableren Situation, zumal die weltweite Öffnung der Kapital- und Finanzmärkte der dortigen überaus leistungsfähigen Finanzindustrie große Chancen bot; denn bald zeigte sich, dass der Strukturwandel auch eine umfassende Reorganisation der Unternehmensstrukturen verlangte. Der Aufstieg des internationalen Investmentbanking ist daher auch eine Folge, ja Begleiterscheinung dieses sich intensivierenden, regionalen wie grenzüberschreitenden Strukturwandels. Die Wirtschaft der Bundesrepublik betrieb eine umfassende Rationalisierung und Erneuerung der technischen Basis ihrer Industrie und der damit zusammenhängenden Konzern- und Unternehmensstrukturen, was, wie der gescheiterte Umbau von Daimler-Benz erst zum Technologie- und dann zum Weltkonzern zeigt, nicht unbedingt immer sofort funktionieren musste, aber doch die Wettbewerbsfähigkeit der Industrie zumindest mittelfristig sicherte. Es würde hier zu weit führen, weitere Beispiele zu benennen; die Dimensionen dieser Anpassung zeichnen sich immerhin ab.⁵⁹ Für viele Staaten war damit zugleich ein Abschied von sehr langen Traditionen verbunden, doch war der Untergang etwa des »deutschen Kapitalismus«⁶⁰ oder der britischen Industrie letztlich unvermeidlich.

59 Weitergehend Frieden, *Global Capitalism* (wie Anm. 26), Abschnitt IV.

60 Werner Plumpe, *Das Ende des deutschen Kapitalismus*, in: *WestEnd. Neue Zeitschrift für Sozialforschung* 2 (2005), Heft 2, S. 3-26. Manches davon, wie etwa die Sozialpart-

Fazit

Für die jeweiligen sozialen Konfigurationen war der beschleunigte Strukturwandel eine umfassende Herausforderung, hatten sich doch bezogen auf die älteren Wirtschafts- und Industriestrukturen soziale Strukturen und technische Infrastrukturen gebildet, die dem Tempo des Wandels keineswegs folgen konnten. Das kann hier im Einzelnen nicht besprochen werden, jedoch lässt sich ein gewisser Teil der sozialen Kämpfe jener Zeit nur so interpretieren – mit der Defensive bestimmter sozialer Strukturen, die zu verteidigen sozial verständlich und politisch auch durchaus bedeutsam ist. Denn hier zeigt sich ein von der ökonomischen Theorie, namentlich der Außenhandelstheorie, aufgezeigtes Paradox in seiner ganzen sozialen Härte: Eine Intensivierung der internationalen Kooperation und des Welthandels ist volkswirtschaftlich auf jeden Fall nützlich, aber eben nicht für jeden. Auch wenn die Öffnung der Weltwirtschaft in der Summe Wohlstandsgewinne bringt, kann sie sektoral und regional erhebliche Verwerfungen erzeugen. Dabei zeigt sich mit einem gewissen Abstand allerdings, dass der Preis einer aus politischen oder sozialen Gründen wünschenswerten Aufrechterhaltung weltwirtschaftlich nur eingeschränkt wettbewerbsfähiger Strukturen hoch ist und unter spezifischen Bedingungen in einen dauerhaften Verlust von Wettbewerbsfähigkeit führen kann, der vielleicht zeitweilig auf Kosten einer ausufernden Staatsverschuldung unsichtbar gemacht werden kann, aber gleichwohl mittelfristig entrichtet werden muss. Für diese auch heute noch verbreitete und politisch populäre sozialprotektionistische Abwehrhaltung gegen wirtschaftlichen Strukturwandel spielt nun das Reden von der »Krise« der 1970er Jahre, ihrer Verursachung durch eine Art »neoliberalen Strategiewechsel des Kapitals« eine eigentümliche Rolle, kommt doch in derartigen Auffassungen weniger eine vorbehaltlose Betrachtung jener Jahre zum Ausdruck als ihre therapeutische Interpretation, die der »Krise« bedarf, um ihre sozialprotektionistische Medizin verordnen zu können.⁶¹ Für die deutsche Zeitgeschichtsforschung, aber auch für die Wirtschaftsgeschichtsschreibung wäre allerdings ein Replizieren dieser Krisensemantik durchaus fatal, trüge sie doch dazu bei, die 1970er Jahre von Anfang an durch eine Brille zu sehen, die allein die Perspektive einer bestimmten zeitgenössischen Sicht zulässt – und den ökonomischen Strukturwandel daher vorschnell politisiert. Für die Geschichtsschreibung aber sind die 1970er Jahre von doppelter Bedeutung. Einerseits bildeten sie mit der Rückkehr zu offenen, weniger nationalstaatlich abgeschotteten Verhältnissen rein sachgeschichtlich eine wesentliche Zäsur in der Geschichte der Weltwirtschaft; andererseits ist historiographisch seither eine Wirtschaftsgeschichtsschreibung in den

nerschaft, hat nach der Finanz- und Wirtschaftskrise 2008 ein gewisses Comeback gefeiert, anderes, wie etwa das Ausbildungssystem, war nie ernsthaft in Frage gestellt worden. Doch die typische Art der Unternehmensverflechtung ist nicht zurückgekehrt.

61 Typisch hierfür trotz glänzender analytischer Teile Streeck, *Gekaufte Zeit* (wie Anm. 20).

vermeintlich erprobten Bahnen nationaler Entwicklungen nicht mehr möglich. Der bisherige Blick auf die 1970er Jahre ist daher – wirtschaftshistorisch gesehen – unterkomplex. Ihn zu globalisieren, ist freilich keine Mode oder »turn« welcher Art auch immer, sondern der zwangsläufige Reflex weltwirtschaftlicher Strukturveränderungen, die gewöhnlich mit dem Begriff der Globalisierung bezeichnet werden.